

CORONAKRISE UND POLITIK

Eine Pandemie ist eine global auftretende Epidemie, die sich schnell von Mensch zu Mensch ausbreitet und schwere Erkrankungen nach sich zieht. Das anfangs als bedrohlich dargestellte Szenario der Covid-19-Epidemie wurde zwischenzeitlich selbst von der WHO als mit einer mittleren Grippe-epidemie vergleichbar herabgestuft.

Das Horrorszenario der Medien zu Beginn der Corona - Pandemie war völlig überzeichnet, um Angst und Panik zu verbreiten. Eine diesbezügliche Anweisung aus dem Innenministerium sollte die Bevölkerung gefügig gegenüber allen staatlich verordneten Maßnahmen machen. Alle retrospektiv erhobenen Statistiken konnten keine Übersterblichkeit in der Bevölkerung durch Corona nachweisen.

Der PCR -Test, der als Grundlage für die sog. Inzidenzwerte, also zum Nachweis von Erkrankungsfällen diente, ist ungeeignet für die Diagnostik einer Viruserkrankung, was schon dessen Erfinder festgestellt hat. Demzufolge waren die Inzidenzwerte auch kein geeigneter Maßstab für die Bewertung der Pandemie. Außerdem ist das Testen von Personen ohne Krankheitssympto-

me in der Medizin nie üblich gewesen, denn: asymptomatische Personen können zwar u.U. wenige Viren weitergeben, aber niemanden so anstecken, dass er krank wird. Dennoch wurde auf dieser fragwürdigen Basis – also den beiden falschen Behauptungen: 1. Asymptomatische Menschen würden andere mit einer todbringenden Krankheit anstecken, und 2.: Der PCR-Test könnte bei asymptomatischen Menschen das Covid-Virus nachweisen - das ganze Konzept der Lockdowns etc. errichtet.

Die Schweden haben es uns vorgemacht, wie man hätte besser verfahren können. Bei uns arteten all diese Restriktionen in eine Drangsalierung der Bevölkerung aus. Viele Einzelmaßnahmen waren dabei weder Ziel führend noch hinsichtlich der für den Alltag ungeeigneten Hygieneregeln adäquat oder plausibel. Alle Maßnahmen wurden rücksichtslos durchgesetzt, ohne die katastrophalen Folgen für Wirtschaft, Bildung und Kultur sowie die Psyche der betroffenen Bürger zu bedenken.

Die Einführung der Maskenpflicht, die mit der FFP2-Maske noch verschärft wurde, ist ein krasses Instrument zur Demütigung der Bürger und für den

Infektionsschutz ungeeignet, wie viele Untersuchungen gezeigt haben.

Dass man damit eine wesentliche Entwicklungsphase unserer Kinder, das Erlernen der non-verbalen Kommunikation, massiv gestört hat, wird noch viele Probleme bei den folgenden Generationen nach sich ziehen.

Das bisher beschriebene Szenario kann man natürlich auch als Vorstufe bzw. Bedingung für die notfallmäßige Zulassung der neuen, genmanipulierten Impfstoffe interpretieren. Diese Notfallzulassung der nicht ausreichend geprüften, neuartigen Impfstoffe ist besonders fragwürdig, weil man dadurch nicht nur den Pharmafirmen die aufwendigen und teuren Tests erspart hat, andererseits aber alle Geimpften dem Risiko eines medizinischen Großexperiments aussetzt. Neue Arzneimittel müssen vor der Zulassung ausreichend geprüft werden um auszuschließen, dass die Risiken den Nutzen nicht übersteigen, und folglich eine Anwendung überhaupt gerechtfertigt ist. Da auch negative Langzeitfolgen ausgeschlossen werden müssen, dauert eine solche Prüfung neuer Pharmaka zwischen 7 und 15 Jahren.

Was wissen Sie
über den
Klimawandel?

3

Brief
eines ehemaligen
CSU-Mitglieds

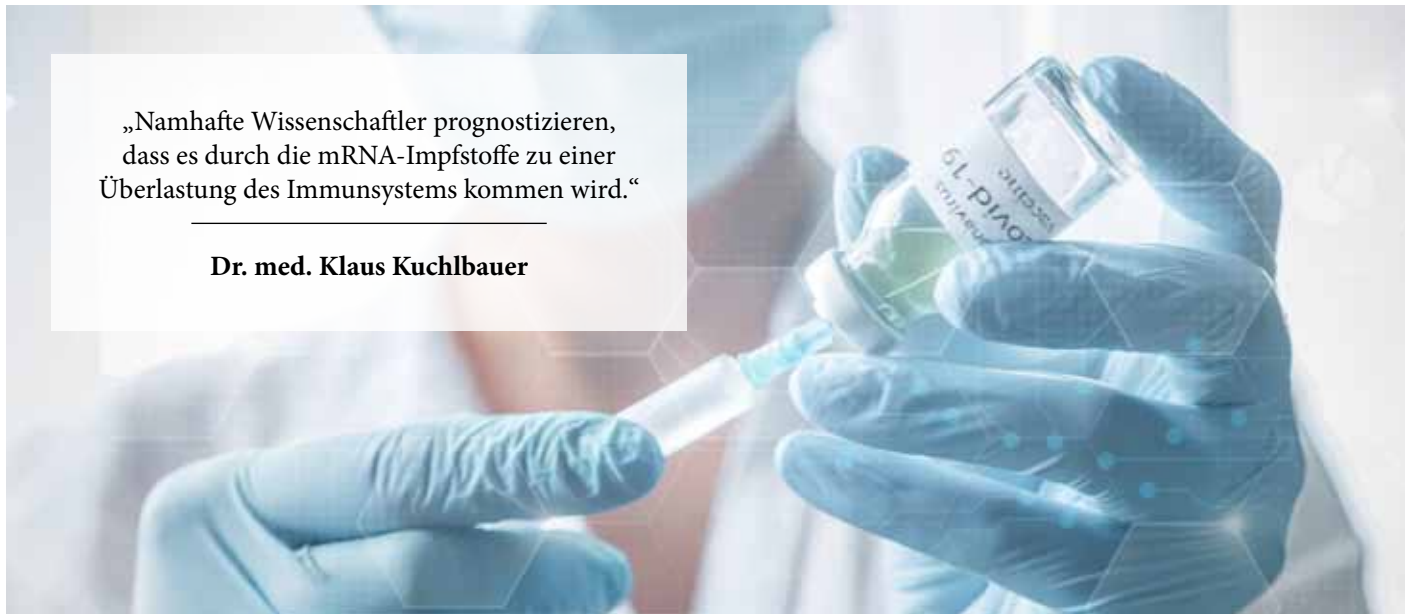
5

Bildung
am Abgrund

7

„Namhafte Wissenschaftler prognostizieren, dass es durch die mRNA-Impfstoffe zu einer Überlastung des Immunsystems kommen wird.“

Dr. med. Klaus Kuchlbauer



Namhafte Wissenschaftler haben jedoch schon lange vor den gefährlichen Folgen der neuen Impfstoffe gewarnt, und zwar sowohl vor den kurzfristigen als auch vor Folgen, die erst nach 1 – 3 Jahren auftreten, also noch zu erwarten sind. Sie prognostizieren, dass es durch die mRNA-Impfstoffe zu einer Überlastung des Immunsystems kommen wird. Bei einem solchen ADE (antibody dependant enhancement) kommt es durch einen sog. Zytokinsturm zu einem übermäßigen Verbrauch der Antikörper und damit zum Verlust der Abwehrfähigkeit mit Todesfolge.

(2) Mit diesen Folgen ist vor allem in der kommenden herbstlichen Grippe-saison zu rechnen. Vermutlich werden dann diese Todesfälle der Deltavariante oder den Ungeimpften in die Schuhe geschoben.

Das Wirkprinzip der neuen Impfstoffe beruht auf dem Prinzip, dass jede Körperzelle immer wieder dazu veranlasst wird, das sog. Spikeprotein zu bilden. Dieses öffnet die Zellen für das Virus, gegen das dann Antikörper gebildet werden sollen. Gleichzeitig aber schädigt dieses Spikeprotein jedoch das Endothel, die Innenwand sämtlicher Blutgefäße, was dort zu entsprechenden Reparaturmaßnahmen, also zur Thrombenbildung führt. Dies erklärt die vielen Thrombosen, die bei den Geimpften auftreten: Bei großen Blutgefäßen führt dies zum Versagen der entsprechenden Organe: Herzinfarkt, Schlaganfall oder Darmnekrosen, bei kleinen Gefäßen

z.B. zu Myocarditis (Herzmuskelentzündung), Perikarditis (Herzbeutelentzündung) oder Erblindung. Ebenfalls wird vom Auftreten schwerer neurologischer Schäden und von Allergien bei Geimpften berichtet. Problematisch sind auch die sog. „aionischen Lipide“, in welche Bau-Anleitungen für die Spike-Proteine verpackt sind. Diese aionischen Lipide können die Zellmembranen zerstören und zum Zelltod oder zur Krebsentwicklung führen.

Darüberhinaus wurde sowohl in den Teststäbchen, den Masken sowie in den Impfstoffen selbst das hochtoxische Graphenoxid nachgewiesen. Es soll dazu dienen auf elektrophysiologischer Grundlage unser Nervensystem zu modulieren und mit dem 5G-Netz zu verbinden, um letztlich dadurch von außen steuerbar zu werden.

Stefan Hockertz, einer unserer bedeutendsten Toxikologen und Impffexperten weist in einem Interview darauf hin, dass es sich bei dieser „Impfung“ gar nicht um eine Impfung im eigentlichen Sinn handelt, sondern um künstliches „gentherapeutisches“ Material, denn es werden dem Menschen Gene, die Messenger RNA, zugeführt. Hockertz weist darauf hin, dass die Richtlinien, nach denen in den letzten 30 bis 40 Jahren gearbeitet wurde, nicht mehr eingehalten werden..

Der forcierte Druck auf die Bevölkerung zur Impfbereitschaft und das noch nie da gewesene Angebot bei der Durchführung der Impfung steht in krassem

Widerspruch zur geringen Bedrohung durch Covid-19, insbesondere wenn Kinder und Jugendliche das Ziel sind, die selbst so gut wie nicht an Corona erkranken. Das alte ärztliche Prinzip „Niemals Schaden“ wird hier also durch politischen Druck völlig ausgehebelt.

Zusammenfassend kann all das Geschilderte auch im Zusammenhang mit der Aussage von Bill Gates, dem größten Geldgeber der WHO, gesehen werden. Dieser strebt eine Reduzierung der Weltbevölkerung auf 500 Millionen an. Diese könnte seiner Auffassung nach „schmerzlos und ohne Kriege“ durch derartige weltweite Manipulationen des Gesundheitswesens erreicht werden. Dieser menschenverachtende Rückfall in das Prinzip des Genozids – diesmal weltweit - verdient ein Tribunal wie in Nürnberg anno 1946.

Auch Klaus Schwab, der Gründer des World – Economic- Forums (WEF) sieht in der Coronapandemie einen Anlass für den „Great Reset“, also den „großen Umbruch“, der letztendlich in einer (Öko)-Diktatur enden soll. Diese von den Mächtigen angestrebte „Transformation“ unserer Gesellschaft ist jedoch nichts anderes als ein Zeichen der Unfähigkeit oder des Unwillens zu sinnvollen Reformen in einer aus dem Ruder laufenden Welt, wobei dieser Umbau durch Ideologen meist in einem totalitären System endet, wie die Geschichte zeigt.

Dr. med. Klaus Kuchlbauer

WAS WISSEN SIE ÜBER DEN KLIMAWANDEL?

Im Buch „Unerwünschte Wahrheiten“ von Fritz Vahrenholt und Sebastian Lüning (V/L) (LMV-Verlag) werden die Fragen des Watzmannboten (W) beantwortet:

W: Was wissen wir über die moderne Erderwärmung?

V/L: Seit 1881, also seit 150 Jahren ist die mittlere Lufttemperatur um 1,5 °C gestiegen. Die Erwärmung der Ozeane, die immerhin 71% der Erdoberfläche betragen, haben sich dagegen nur um 0,8 °C erhöht. Die Hauptursache dieser Diskrepanz ist die begrenzte (kühlende) Wirkung der Verdunstung über Landflächen. Während das Klima heute auf ein Gemisch natürlicher und anthropogener Antriebe reagiert, hat die vorindustrielle Zeit den großen Vorteil, allein von natürlichen Klimafaktoren angetrieben worden zu sein. Die klimatische Forschung früherer Klimaphasen beruht vor allem auf geologischen Rekonstruktionen und zu einem kleinen Teil auf historischen Aufzeichnungen. In der sog. Mittelalterlichen Wärmeperiode (800 - 1300 n.Chr) erreichten die Temperaturen mindestens das heutige Niveau, was den Wikingern ermöglichte Island und Grönland (grünes Land) zu besiedeln. Wie aus Kohlenstoffisotop-Messungen in einem Torfkern aus der Eifel hervorgeht, stiegen die Temperaturen im Übergang von der Kälteperiode zur damaligen Wärmeperiode in dieser Region sogar um mehr als 5°C an. Dies ist Grund genug die heutige Klimaentwicklung in diesen wichtigen vorindustriellen Kontext zu stellen.

W: Gab es also auch in vorindustrieller Zeit Klimaschwankungen?

V/L: Das Klima ist dynamisch. Im Laufe der Erdgeschichte gab es immer wieder dramatische Veränderungen, die weit über eine solche Grenze von plusminus 2°C hinausgingen. Wir verfügen über Daten, die zeigen, dass es während der letzten 10000 Jahre Perioden gab, die ähnlich warm oder sogar noch wärmer

waren als heute. Zudem gibt es Hinweise, dass sich die klimatischen Kälte- und Wärmephasen in Zyklen von 1000 – 1500 Jahren wiederholen.

W: Welche Faktoren beeinflussen unser Klima?

V/L: Einen Großteil der natürlichen Klimavariabilität steuern die sog. „Ozeanzyklen“. Diese beruhen auf Temperatur- und Luftdruckunterschieden in regional genau definierten Meeresgebieten. Die wichtigsten Ozeanzyklen sind die Pazifische Dekaden-Oszillation (PDO), die Atlantische Multidekadenoszillation (AMO) und die Nordatlantische Oszillation (NAO). Letztere beeinflusst einen großen Teil der europäischen Klimaschwankungen. So müssen wir bei einer positiven NAO, bei der die atlantischen Westwinde weiter im Norden auf Europa treffen, mit wärmeren und feuchteren Wintern in Deutschland, den Britischen Inseln und in Skandinavien rechnen. Bei einer negativen NAO werden die Westwinde in den Südwesten abgedrängt, was kräftige Regenfälle in Spanien und kalte, trockene Winter bei uns bedingt. Die Variabilität der verschiedenen Ozeanzyklen ist aber sehr

komplex und wird derzeit noch nicht ganz verstanden.

W: Wie entstehen denn diese Ozeanzyklen?

V/L: Dafür gibt es unterschiedliche Erklärungen: Möglicherweise sind sie Folge der schwankenden Sonnenaktivität. Weitere Erklärungsversuche deuten auf Gezeiteneffekte von Jupiter und Saturn.

W: Welche Bedeutung hat nun der CO²-gehalt der Atmosphäre für das Klima?

V/L: Der aktuelle CO₂-gehalt beträgt 414 ppm (parts per million) und schwankte in der vorindustriellen Phase zwischen 265 – 280 ppm. Er steigt derzeit jährlich um 2 ppm. In den Ozeanen, der Landvegetation und der Atmosphäre sind große Mengen Kohlenstoff gespeichert, die in einem ständigen Austausch stehen. Überwiegend über die Photosynthese der Pflanzen werden jährlich 120 Milliarden Tonnen Kohlenstoff ausgetauscht, weitere 80 Milliarden über die Ozeane. Der Zusammenhang zwischen CO₂ und Erderwärmung kann immer noch nicht exakt berechnet werden, auch wenn es einen gesicherten Zusammenhang zwischen beidem gibt.



WATZMANN *Bote*

online lesen unter:

www.afd-bgl.de



W: Es scheint also noch ein weiter Weg bis zum Verstehen des Klimas zu sein.

V/L: Leider wurden vom Weltklimarat (IPCC) die Wirkungen der Sonne auf das komplexe Klimageschehen weitgehend ausgeblendet. Eine Reihe weiterer Treibhausgase (Methan, Halogenkohlenwasserstoffe und Lachgas (N₂O)) scheinen ebenfalls deutliche Wirkungen auf die Erwärmung zu haben, wobei durch die Eliminierung der FCKW und damit deren negative Wirkungen auf das Ozonloch bereits ein günstiger Trend ausgelöst wurde. Der immer wieder behauptete Zusammenhang von Extremwetterereignissen (Hagel, Gewitter, Tornados, Hochwasser und Dürren) mit der Erderwärmung kann nicht nachgewiesen werden. Vielmehr müssen alle Faktoren, die Wirkungen auf das Klima haben können, in die Forschungen einbezogen werden.

W: Können Sie ein zusammenfassendes Urteil Ihrer Forschungsergebnisse formulieren?

V/L: Bei Betrachtung des sehr komplexen Klimageschehens müssen wir einräumen, dass heute ein reales Bild der künftigen klimatischen Bedingungen noch nicht gezeichnet werden kann. Deshalb ist es nicht zulässig durch

ein alarmistisches Szenario Angst und Schrecken zu verbreiten und daraus falsche politische Schlüsse zu ziehen. Die Erderwärmung, die etwa zur Hälfte durch uns Menschen gemacht ist – die andere Hälfte beruht auf natürlichen Ursachen – wird nicht so rasant zunehmen, wie vom Weltklimarat befürchtet. Wir schätzen den Temperaturanstieg als wesentlich langsamer ein und taxieren das Erreichen des Temperaturzieles von 2° C erst um das Jahr 2100, so dass wir für unsere CO₂-Reduktionsmaßnahmen mehr Zeit hätten, nicht nur 3 Legislaturperioden, sondern 3 Generationen. Durch Aufforstung, und technischen Fortschritt könnte dann eine realisierbare Lösung erreicht werden.

.....

Das fiktive Interview mit den Autoren des o. g. Buches, das überaus lesenswert und lehrreich ist, möchte Ihnen einen Überblick über die aktuelle Forschung zu diesem Thema geben und Sie davor bewahren, dass aus Panik falsche Schlüsse für die Gestaltung unserer Zukunft gezogen werden.

Dr. med. Klaus Kuchlbauer

Prof. Dr. Fritz Vahrenholt, Jahrgang 1949, ist Politiker (SPD), Manager, Wissenschaftler und Buchautor. Er war von 1991 bis 1997 Umweltsenator in Hamburg, danach ging er als Vorstand in Unternehmen der Erneuerbaren-Energien-Branche. Seit vielen Jahren setzt er sich zudem für den Schutz und die Förderung heimischer Wildtiere ein. 1998 wurde er zum Honorarprofessor im Fachbereich Chemie der Universität Hamburg ernannt.

Dr. habil. Sebastian Lüning, Jahrgang 1970, studierte Geologie/Paläontologie an der Universität Göttingen. Seit 2007 ist Lüning hauptberuflich in der konventionellen Energiebranche tätig. Die Beschäftigung mit dem Thema Klimawandel erfolgt ausschließlich in privater Funktion, seine Forschung ist unabhängig und wurde weder von der Industrie beauftragt, noch von ihr gefördert. Im Jahr 2012 veröffentlichte Lüning zusammen mit Fritz Vahrenholt sein erstes Buch.

„Leider wurden vom Weltklimarat (IPCC) die Wirkungen der Sonne auf das komplexe Klimageschehen weitgehend ausgeblendet.“

**Prof. Dr. Fritz Vahrenholt
Dr. habil. Sebastian Lüning**



BRIEF DES EHEMALIGEN CSU-MITGLIEDS

FLORIAN STUMFALL VOM 12.7.2021:

Herrn Ministerpräsidenten
Dr. Markus Söder MdL
CSU-Landesleitung
Mies van der Rohe Str. 1
80807 München

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, seit ich Ihre ersten Schritte im Landtag publizistisch begleitet habe, ist sehr viel anders geworden, vor allem die CSU. Ich will deshalb hier eine politische Summa der Politik der CSU und im besonderen die Rolle darstellen, welche die CSU als Koalitionspartner in den Regierungsjahren Merkel gespielt hat. Bilanzen aber müssen ehrlich sein, in diesem Falle schonungslos.

Nach Merkels Kanzlerschaft stellt sich der Zustand Deutschlands wie folgt dar:

Die Staatsschulden belaufen sich auf etwas über 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, was lediglich dem Umstand zu verdanken ist, daß wegen der Politik der EZB keine Zinsen gezahlt werden. Die Risiken aus den Target-Ansprüchen und solchen aus der Politik der EZB übertreffen die 2-Billionen-Grenze und somit jedes vernünftige Maß. Rechnet man zudem die implizierten Schulden, also die finanziellen Zusagen des Staates aus sozialen Ansprüchen der Bürger dazu, so beträgt das gesamte Soll rund 7,5 Billionen Euro. Dafür gibt es hier mit die höchsten Steuern und Abgaben weltweit.

Die Wirtschaft hält den Vergleich mit den Konkurrenten nicht mehr aus. Die Lohnstückkosten steigen, die Produktivität sinkt. Gerade diese beiden Parameter waren jahrzehntelang der Ausweis für die deutsche Leistungsfähigkeit. Was noch läuft, ist der Agenda 2010 des SPD-Kanzlers Schröder zu verdanken. Allerdings sind Arbeitsplätze im sechsstelligen Umfang wegen der Energiewende in Gefahr. Diese hat

zu den höchsten Energiepreisen bei gleichzeitiger fataler Unsicherheit der Versorgung geführt. Wird sie weiterhin betrieben, droht die Deindustrialisierung Deutschlands.

Die innere Sicherheit ist nicht mehr gewährleistet. Vor allem in manchen Großstädten gibt es ganze Viertel, in denen wegen der Herrschaft kultur-fremder Sippen deutsches Recht nicht mehr durchsetzbar ist. Hilfskräfte, Polizei, THW, Feuerwehr oder Rotes Kreuz werden bei Einsätzen immer öfter angegriffen. Der Grund für eine solche Entwicklung ist die Politik der unbeschränkten Zuwanderung seit 2015. Jedes Jahr kommen Fremde im Umfang einer Großstadt ins Land, meist illegal und ohne daß sie von den Behörden notifiziert würden.

Weitere Folgen daraus: In der Sozialpolitik stellen die Alters- und Jugendarmut sowie die Wohnungsnot die größten Probleme dar. Ferner sinkt der Bildungsgrad der Bevölkerung auf breiter Front. Universitäten sind gezwungen, Orthographie-Kurse und solche für die Grundrechenarten einzurichten.

Das Justizwesen liegt darnieder. Oberstaatsanwalt Ralph Knispel von Berlin hat dies in seinem Buch: „Rechtsstaat am Ende“ gezeigt.

Nicht nur im Zusammenhang mit der Einwanderung hat das Recht weithin seine Bindungskraft verloren. So hat Merkel mit einem einzigen Satz während eines Interviews den Grundgesetzartikel 6, der den besonderen Schutz der Familie garantiert, ausgehebelt. Nur ein einziges weiteres Beispiel aus allzu vielen: Merkels Forderung vor der Welt, eine Landtagswahl müsse „rückgängig“ gemacht werden, zeugt von einem absoluten Unverständnis für demokratische und rechtsstaatliche Grundsätze.

Die Infrastruktur des Landes ist marode. Brücken und Straßen entsprechen nicht mehr dem Standard. Das Stromnetz ist überaltert und kann jederzeit kollabieren. Die Bahn ist dringend sanierungsbedürftig. Die traditionell zentralen Industriezweige, der Autobau, die Chemie und die Pharmazie befinden sich am Rande des Niedergangs. Das Gesundheitssystem ist ruinös. Es ist gekennzeichnet von Ärztemangel und Krankenhäusern, die hoffnungslos überlastet sind. In Deutschland, einst „Apotheke der Welt“, kommt es zu Engpässen bei der Versorgung mit Medikamenten. Außerdem ist das Konstrukt kaum mehr finanzierbar.

Das Medianvermögen der deutschen Haushalte beträgt 51400 Euro. Im Euroraum insgesamt liegt es bei 109000. In Griechenland beispielsweise ist es doppelt so hoch wie hierzulande. Bei der Digitalisierung, seit zwölf Jahren von Merkel immer wieder und wortreich beschworen, befindet sich Deutschland auf dem Niveau eines Schwellenlandes.

Die Bundeswehr steht vor der Handlungsunfähigkeit, soll aber international bis zur Überdehnung und ungeachtet des Völkerrechts immer mehr Aufgaben übernehmen trotz des würdelosen Rückzugs aus Afghanistan. Sie ist zum Gegenstand des öffentlichen Spotts geworden.

Die Meinungsfreiheit wird mehr und mehr eingeschränkt. Eine wesentliche Rolle spielt dabei das Netzwerkkumsetzungsgesetz, das den Weg zu umfassender Kontrolle und Zensur freigibt. Medienleute oder Wissenschaftler, die nicht der Regierungs-Linie folgen, müssen mit dem Verlust ihres Arbeitsplatzes rechnen. Professor Bakhdi etwa hat wegen eines gescheiterten aber mißliebigen Buches sein Institut verloren. Daß Leuten, die in den freien Medien

unbequeme Themen behandeln, der Zugang zum System gesperrt wird, ist längst Alltag. Zudem werden auf Grund jenes Gesetzes einzelne Beiträge in großer Zahl gelöscht.

Die von Merkel über viele Jahre geführte CDU hat sich während dieser Zeit von einem stabilen Satz über der Marke von 40 Punkten verringert bis auf teilweise deutlich unter 20 Prozent. Die bürgerliche Mitte der Gesellschaft hat in der CDU kaum noch eine politische Repräsentanz. So trägt Merkel auch ursächlich Schuld an der Ausbreitung der AfD. Im Kielwasser der CDU schwimmend, hat auch die CSU unter dieser Entwicklung zu leiden.

Die Regierung bricht Gesetze und Verträge, so wie beim diktierten Ausstieg aus der Kernenergie. CDU und CSU springen über jedes Steckerl, das die Grünen ihnen hinhalten. So kann ich mir nicht vorstellen, daß Ihnen, Herr Vorsitzender, unbekannt geblieben wäre, daß es sich bei CO2 nicht um ein Schadgas, sondern um die Lebensgrundlage alles aeroben Lebens auf dem Planeten handelt. Es werden rückwirkende Gesetze erlassen. Verfassungsrechtlich garantierte Freiheiten werden per Rechtsverordnung außer Kraft gesetzt, wobei ein Virus den willkommenen Vorwand liefert.

Die Grenzöffnung, die Energiewende, die Unterdrückung der Meinungsfreiheit, die verschiedenen Euro-Rettungen, vor allem die EU-Politik der Auflösung nationaler Souveränität, welche den mit einem Widerstandsrecht bewehrten Artikel 20 GG verletzt – alles geschieht

gegen Recht und Gesetz. Unter Merkel und mit der Unterstützung durch CDU und CSU hat Deutschland aufgehört, ein Rechtsstaat zu sein.

Das alles nach 16 Jahren Merkel und dies bei trotz des Niedergangs vorläufig immer noch prosperierender Wirtschaft und hohen Steuereinnahmen! Im günstigen Fall handelt es sich dabei um Versagen, im schlechteren um Destruktion.

Die CSU hat jede Entscheidung, die zu dieser verheerenden Bilanz geführt hat, kritiklos mitgetragen. Und es hat in 16 Jahren nie ein einziger Abgeordneter den Mut gefunden, im Bundestag aufzustehen und zu sagen: Frau Bundeskanzlerin, halten Sie ihren Amtseid und achten Sie das Recht!

Wer aber meint, damit sei es genug der Schrecken, der irrt. Das CSU-geführte Bundesinnenministerium hat den Entwurf zum Geschlechtseintragungs-Änderungsgesetz mit erarbeitet, der Kindern ab 14 Jahren die Entscheidung darüber gibt, welches Geschlecht sie haben wollen, unabhängig von einem Arzt und auch gegen den Willen der Eltern. Immerhin fürchtet man den Wähler und hält den Entwurf bis zum Wahltag weitgehend unter Verschluss. Hier wird der Schritt von einer katastrophalen Politik hin zum Verbrechen getan. Ungeachtet ihrer christlichen Referenz beteiligt sich die CSU an einer Sünde gegen die eigene Jugend, die in ihrer Verworfenheit an die Versuche von KZ-Ärzten erinnert.

Das ist nicht mehr die Partei, der ich vor 52 Jahren beigetreten bin, und für die ich ein Leben lang gearbeitet habe. Des-

halb trete ich mit sofortiger Wirkung aus. Und die CSU täte einen Schritt der Ehrlichkeit, wenn sie das Franz-Josef-Strauß-Haus schnellstens umbenennen würde.

Denn früher hat die CSU dem Zeitgeist widerstanden und sogar der CDU etwas Halt gegeben. Heute beugt sie sich ihm in lustvoll-schmerzlicher Proskynese. Kennen Sie auch nur zehn Landtagsabgeordnete, welche die drei Prinzipien der Partei hersagen können, von der Bayern-Hymne ganz zu schweigen? Nein? Sehen Sie, in solch einem Zustand befindet sich die CSU!

Dieser Brief geht in Kopie an meinen Ortsvorsitzenden, Dr. Georg Kasberger, und ich behalte mir eine weitere Verwendung vor.

Ich bitte, mir kein Referenten-Spurschreiben zu schicken, ich kenne die Methode und empfinde sie als entwürdigend. Vielmehr erwarte ich keine Antwort.

Dr. Florian Stumfall

Auch im Original, also im Brief, den er an Markus Söder versendet hat, hat Florian Stumfall die Höflichkeitsfloskel „Hochachtungsvoll“ oder ähnliches weggelassen, was von extremem Frust und tiefer Verachtung, ja geradezu Verzweiflung zeugt.

Stumfalls Analyse zum Zustand Deutschlands zeigt aber vor allem auf, wie messerscharf, trefflich und schonungslos seine Analysen sind. Und Stumfall kann schreiben. Das beweist er unter anderem mit seinem Werk „Tripoli Charlie“, das im Anderwelt-Verlag erschienen ist. Dort beschreibt der Afrikakenner die weitverzweigten Verbindungen und Ursachen, die sich von ganz im Süden beginnend über Angola schließlich zur Ermordung von Libyens Gaddafi verdichten. Das ganze als spannender Roman ausgeführt in drei zusammenhängenden Episoden. Was er da in Romanform ausbreitet, hat mindestens die gleiche Qualität, wie seine politische Analyse zum Zustand Deutschlands in seinem Kündigungsbrief.

Nicht jammern,
sondern handeln!



AfD



Es ist an der Zeit: Werden Sie Mitglied und sichern Sie die Zukunft unserer Heimat.

afd.de/mitglied-werden


Hier geht es zu unserem Online-Formular.
Einfach ausfüllen, abschicken, fertig.

BILDUNG AM ABGRUND!

Zurück zur naturgegebenen Vernunft!

Die „Coronakrise“ und die daraus resultierende Unterwerfung des gesamten öffentlichen Lebens unter das Primat des Infektionsschutzes offenbaren nach Meinung der Unterzeichner eine schwere Krise der Wissenschaft und des Bildungssystems.

Willfährigkeit der Wissenschaft

Die Willfährigkeit zahlreicher Wissenschaftler, sich politischen Machtinteressen unterzuordnen, ohne sich ihrer Verpflichtung nach Hinterfragung der eigenen Thesen zu erinnern, trifft auf eine Gesellschaft, welche echte Bildung und geistige Unabhängigkeit seit Jahrzehnten durch Gesinnungsethik und bürokratische Abhängigkeiten ersetzt.

Der unabhängige Mensch

Da der Mensch in der Informationsgesellschaft einem nie da gewesenen sozialen und medialen Druck ausgesetzt ist, der es ihm erschwert, Eigenständigkeit im Denken und Handeln zu bewahren, ist es durch Manipulation möglich geworden, große Teile der Bevölkerung in einen andauernden Zustand der Angst zu versetzen. Darüber hinaus wird geistige Unabhängigkeit des Einzelnen von der Politik offenbar als gefährlich eingestuft, und es wird daher versucht, mittels willkürlicher Verbote Versammlungen zu verhindern, in denen Bürger gemeinsam ihr Recht auf freie Meinungsäußerung wahrnehmen wollen.

Die Maske als Symbol der Trennung

Die erzwungene Bedeckung von Mund und Nase in der Öffentlichkeit führt

zudem zu einer starken Beeinträchtigung, Individualität und Persönlichkeit gegenüber anderen Menschen zu zeigen und zu erleben. Das natürliche Bedürfnis nach Kommunikation wird dadurch unterdrückt, und dem Menschen großer Schaden zugefügt.

Der transformierte Mensch

Ähnlich wie an der Schwelle zum 20. Jahrhundert sieht sich der Mensch heute einer seine Autonomie und sein Wesen bedrohenden Herausforderung gegenüber: Drohte damals eine Selbstentfremdung durch Technisierung, so wird der Mensch nun zum Spielball einer weltumspannenden, alle Lebensbereiche erfassenden digitalen Durchdringung, welche ihn – anders als verheißen – nicht zum Meister macht, sondern ihn in eine virtuelle Parallelrealität zieht und ihn seine Bestimmung vergessen lässt.

Dabei wird die Coronakrise bereits heute als Vehikel für die Transformation der Gesellschaften auf der ganzen Welt gesehen und als Ziel bereits die Übersteigerung des Menschen im Sinne des Transhumanismus formuliert.

Diese Visionen basieren auf Hybris und erschüttern das humanistische Welt- und Menschenbild in seinen Grundfesten.

Neuanfänge

In Reaktion auf die Verwerfungen der damaligen Umbrüche versuchten Reformpädagogen wie Kurt Hahn (Salem) oder Hermann-Lietz (Haubinda, Bieberstein), Maria Montessori oder die Waldorfpädagogik vor über 100 Jahren, den Bedrohungen des humanistischen Menschen- und Weltbildes durch die technisierte Welt einen erneuerten Begriff von Bildung entgegenzusetzen.

Ihrem Wirken ist es zu verdanken, dass die Idee des positiven, humanistischen Menschenbildes trotz der Herrschaft inhumaner kollektivistischer Diktaturen nationaler oder internationaler Prägung weiterlebte und der Gesellschaft immer wieder zur Neuorientierung verhalf.

Die Unterzeichner stellen mit Blick auf das Vorhergehende fest:

Die gegenwärtige Krise ist vornehmlich keine Krise der Medizin oder des



Gesundheitswesens, sondern eine Krise des Selbstverständnisses des Menschen als freies, selbstbestimmtes und eigenständig denkendes Individuum. Sie ist somit auch eine Krise von Wissenschaft und Bildung.

Zweckfreie Wissenschaft

Angesichts des offenkundigen Scheiterns der akademischen Fachkreise in der Coronakrise und der direkten Einflussnahme der Regierung auf die Unabhängigkeit der Forschung, fordern wir eine Rückkehr zu redlicher Wissenschaftlichkeit und deren Entpolitisierung. Wissenschaft hat zunächst keinem gesellschaftlichen Zweck zu dienen, sondern sich um wahrhaftige Annäherung an Wissen und Erkenntnis zu bemühen.

Unsere Gesellschaft benötigt wieder verstärkt Menschen, die sich einen ge-

sunden Menschenverstand bewahrt haben und sich dessen zu bedienen wissen. Kreative Handwerker, innovative Ingenieure und findige Wissenschaftler, welche gerade in Deutschland immer einen Bezug zur Praxis hatten und daraus ihren Erfindergeist schöpften, haben nicht ohne Grund die Grundlage für den Wohlstand Deutschlands gelegt.

Mehr Identität wagen!

Die Klima- und Coronahysterie wie auch die Genderideologie wirken hingegen zerstörend auf das Seelenleben der heute aufwachsenden jungen Menschen und verbauen ihnen mit ihren falschen Moralismen den Weg zu einem positiven Verhältnis zur eigenen Identität.

Seit den 68er Jahren verfemte Tugenden wie Fleiß, Ausdauer, Lernbereitschaft, Anstand und Pünktlichkeit müssen

ebenso wieder die ihnen gebührende Achtung erfahren wie die Liebe zur Natur, zur Heimat und zum eigenen Volk, dessen mannigfaltige Geschichte im Guten wie im Schlechten jedem bekannt sein sollte.

Nur unter diesen Umständen kann eine gesunde Liebe zu sich als Persönlichkeit, zur Zusammengehörigkeit als Volk und Freundschaft zu unseren Nachbarvölkern gedeihen.

Zurück zur naturgegebenen Vernunft!

Der Landesfachausschuss für Bildung und Kultur der AfD Bayern

Dr. Simon Kuchlbauer, Sprecher

Frauke Peuker-Hollmann,

1. Stellvertretende Sprecherin

Christian Paulwitz,

2. Stellvertretender Sprecher

Dr. Christoph Birghan

Erich Seiler

Christian Dietz-Verrier

Unsere Rente teilen wir uns. Aber nicht mit der ganzen Welt.

Solidarität braucht Grenzen.

Für unsere Renten: Am 26. September AfD wählen.

Deutschland. Aber normal.

AfD

UNSERE MANDATSTRÄGER

Der AfD Kreisverband Berchtesgadener Land hat Vertreter in verschiedenen Ebenen der Politik. Wir möchten die Gelegenheit nutzen, Ihnen unsere Mandatsträger vorzustellen.

Bundestag:

MdB Hansjörg Müller, Dipl.-Volkswirt

Kreistag:

Wolfgang Koch, Anger
Anton Edfelder, Ainring
Jens Schosnowski, Bad Reichenhall

Stadtrat:

Uwe von Faltn, Bad Reichenhall
Silke Hartmann, Freilassing

Weitere Infos unter:
www.afd-bgl.de

„WIEDERAUFBAUFONDS“ DER EU

DER WEG IN DIE SCHULDENUNION

Nachdem das Thema „Corona“ seit Monaten die Berichterstattung weitgehend beherrscht, hat der Deutsche Bundestag am 26.3.2021 relativ unbemerkt von einer größeren Öffentlichkeit eine folgenreiche Entscheidung getroffen: der Bundestag hat das „Eigenmittelbeschluss-Ratifizierungsgesetz“ verabschiedet und damit der Finanzierung des vermeintlichen europäischen Aufbauprogramms „Next Generation EU“ mit großer Mehrheit zugestimmt. Die AfD-Fraktion im Bundestag hat geschlossen gegen das Gesetz gestimmt.

Was verbirgt sich hinter dem „Wiederaufbaufonds“?

Dieses Programm wird auch als EU-Wiederaufbaufonds bezeichnet und als „Corona“-Hilfe vor allem für die südlichen Mitgliedsstaaten der EU deklariert. Hier von Aufbau- oder Wiederaufbau zu reden, ist aber in höchstem Maße irreführend. Zwar mag es zutreffen, dass Italien oder Spanien durch Corona stark betroffen waren. Die wirtschaftlichen Probleme in den südlichen EU-Staaten haben aber überwiegend andere Gründe als Corona bzw. die Folgen der Maßnahmen gegen die Krankheit. Vorwiegend sind die bestehenden Probleme Strukturprobleme, und keine Liquiditätsprobleme. Die wirtschaftlichen Missstände beruhen vor allem auf einer mangelnden Wettbewerbsfähigkeit durch bislang unterbliebene Reformen, insbesondere der Arbeitsmärkte und der Rentensysteme. Zur Erinnerung: in Italien und Spanien liegen sowohl die Rentenbezugsdauer als auch die Rentenhöhe im Vergleich zum Nettoeinkommen höher als in Deutschland.

Und die schlechte finanzielle Lage der südlichen Staaten beruht auch nicht zuletzt darauf, dass eine wirksame Besteuerung der auch in Spanien oder Italien durchaus vorhandenen großen Privatvermögen nicht ernsthaft betrieben und angegangen wird.

Durch das Programm „Next Generation EU“ wird eine völlig neue Haushalts- und Finanzarchitektur in der EU eingeleitet. Der EU-Kommission wird vertragswidrig gestattet, zukünftig Anleihen in Höhe von 750 Milliarden (!) Euro mit einer Laufzeit bis 2058 zu begeben. Davon sollen 500 Milliarden Euro als nicht rückzahlbare Zuschüsse und 250 Milliarden Euro als Darlehen an die von der Corona-Krise am meisten betroffenen Staaten ausgezahlt werden. Nach den Europäischen Verträgen ist die EU aber verpflichtet, ihren Haushalt vollständig aus Eigenmitteln zu finanzieren. Der Beschluss ist ein Schritt in die Schuldenunion, der von den Europäischen Verträgen nicht gedeckt ist und von den geltenden Grundsätzen erheblich abweicht. Den Schritt in Richtung Haftungs- und Schuldenunion hat Finanzminister Scholz sogar erstaunlich offen eingestanden, indem er den „Weg in die Fiskalunion“ als „guten Weg für Europas Zukunft“ bezeichnete.

Spurwechsel in Richtung Schuldenunion

So wird letztlich einem dauerhaften Geldtransfer von der Bundesrepublik Deutschland und den nördlichen EU-Mitgliedstaaten in den Süden der Weg bereitet. Nach den bisherigen Erfahrungen ist davon auszugehen, dass das Instrument, das uns als „vorübergehend“ verkauft wird, zu einer permanenten Einrichtung wird. Die Strukturprobleme im Süden werden so nicht gelöst werden- warum auch sollten die Regierungen in Italien oder Spanien schmerzhaft und unpopuläre Reformen angehen, wenn das Geld aus dem Norden auch so fließt?

Der vom Bundestag verabschiedete Eigenmittelbeschluss ermöglicht Eingriffe in die Haushaltshoheit des Deutschen Bundestages, welche die haushaltspolitische Gesamtverantwortung unzulässig einschränken und die Verfassungs-

identität Deutschlands (Art. 79 GG) in Frage stellen. Anders ausgedrückt: Das Ja des Bundestages zum Eigenmittelbeschluss-Ratifizierungsgesetz führt nicht nur zu einem Bruch der Europäischen Verträge, sondern ist darüber hinaus verfassungswidrig!

Alle drei Bundestagsabgeordnete aus dem Wahlkreis Bamberg stimmten dem Gesetz zu!

Lange Zeit wurde eine Haftungsunion insbesondere von den Unionsparteien abgelehnt. Diese Zeiten sind nun offensichtlich vorbei. Die Wahlversprechen von früher zählen wieder einmal nichts mehr. Schlimm genug, dass der Bundestag mit großer Mehrheit seine Zustimmung erteilt hat. Aus Bamberger Sicht ist besonders enttäuschend, dass die drei Bundestagsabgeordnete aus dem Wahlkreis Bamberg Thomas Silberhorn (CSU), Andreas Schwarz (SPD) und Lisa Badum (Bündnis 90 / Grüne) der faktischen Schuldenunion zugestimmt haben.

Erfreulicherweise hat das Bundesverfassungsgericht unmittelbar nach dem Beschluss des Bundestages am 26.3.2021 dem Bundespräsidenten in einer Eilentscheidung vorläufig untersagt, das Gesetz mit seiner Unterschrift auszufertigen. Bis zu einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts über die Rechtmäßigkeit des Gesetzes tritt dieses nun nicht in Kraft. Wie das Bundesverfassungsgericht letztlich in der Sache entscheiden wird, ist noch offen. Dennoch zeigt die breite Zustimmung im Deutschen Bundestag, dass hier außer der AfD keine Partei für die Rechtsstaatlichkeit und die Einhaltung von Verfassung und Europäischen Verträgen eintritt und sich gegen eine Haftungs- und Schuldenunion stemmt.

Jan Schiffers, MdL

TEXT DER VIDEOBOTSCHAFT VON MdB HANSJÖRG MÜLLER

5.9.2020 ZUM THEMA FRIEDENSVERTRAG

Werte Mitbürger,
meine Rede vor dem Brandenburger Tor am 30. August 2020 richtete sich hauptsächlich gegen die totalitären Tendenzen des Coronaregimes und fordert zur Wiederherstellung von Freiheit und Demokratie auf. Die Thematik „Friedensvertrag“ war ein Zusatzpunkt, zu dem mir Fragen gestellt wurden, die ich im Folgenden gerne beantworte.

Bei der Berliner Anti-Corona-Demonstration am 29. August 2020 sprach der Organisator der Veranstaltung, Michael Ballweg, die Themen „Friedensvertrag“ und „Verfassungsgebende Versammlung“ an.

Diese Verknüpfung voneinander unabhängiger Themen – einerseits Anti-Corona-Proteste und andererseits Friedensvertrag / Verfassung – finde ich seltsam, weil beide Themenkomplexe nichts miteinander zu tun haben. Die Demonstranten waren doch deshalb auf die Straße gegangen, um für Ihre Freiheit und die ihrer Kinder zu demonstrieren, gegen den sinnlosen Maskenzwang und die Aberkennung wesentlicher Bürgerrechte!

Herr Ballweg erklärte bei seiner Ansprache, dass irgendeine nicht näher definierte „Verfassungsgebende Versammlung“ eine neue deutsche Verfassung ausarbeiten würde, wobei jeder Beleg fehlte, ob diese Leute überhaupt demokratisch legitimiert sind.

Die bisherigen Verdienste von Querdenken zur Wiederherstellung grundgesetzlich verbrieft Bürgerrechte sind unbestritten und mein Dank gilt allen Organisatoren und Mitstreitern für ihren unermüdlichen Einsatz. Gleichwohl ist bis heute undurchsichtig, wer die Querdenken-Bewegung in so kurzer Zeit von Null auf Hundert gebracht hat. Ohne massive logistische und finanzielle Unterstützung aus dem Hintergrund

wäre das wohl nicht möglich gewesen. Solange dieser Hintergrund nicht transparent offengelegt wird, kann niemand wissen, was die wirklichen Absichten von Querdenken sind.

Als Herr Ballweg die Deutungshoheit über die Begriffe „Verfassungsgebende Versammlung“ und „Friedensvertrag“ für seine Querdenker-Bewegung reklamierte, wurde ich hellhörig. Beide Begriffe sind viel zu wichtig, um ihre Deutung einer Strömung alleine zu überlassen: sie betreffen alle Bürger unseres Landes und damit v.a. die Nichtwähler, die Wähler anderer Parteien und auch die Wähler der Alternative für Deutschland. Um eine breite gesellschaftliche Diskussion zu ermöglichen, griff ich das Thema am Ende meiner Rede auf, nachdem es Herr Ballweg am Vortag angestoßen hatte.

Wie immer man zu Art. 146 GG stehen mag, der eine neue Verfassung vorsieht: dieser Artikel atmet den Geist unseres Grundgesetzes, weil er die Volkssouveränität unterstreicht, die untrennbarer Teil des Demokratieprinzips ist. Ein erster Schritt zu einer eventuellen Umsetzung könnte ein Runder Tisch mit allen Beteiligten sein, wie wir es aus der DDR 1989 kennen. Ein Schnellschuss ist zu vermeiden, dafür ist das Thema zu komplex. Deshalb habe ich in meiner Rede weitergehende Fragen angesprochen, die möglicherweise vorher beantwortet werden sollten, ehe man die Anwendung von Art. 146 GG in Erwägung ziehen kann.

Mir ist selbstverständlich bekannt, dass die Bundesregierung und das Bundesverfassungsgericht bis heute die Auffassung des Bundesverfassungsgerichtsurteils von 1973 zum Grundlagenvertrag vertreten, demzufolge die Bundesrepublik Deutschland und das Deutsche Reich ein und dasselbe Völkerrechtssubjekt seien. Die Postulierung der völkerrecht-

lichen Subjektidentität der Bundesrepublik Deutschland mit dem Deutschen Reich wird in der staats- und völkerrechtlichen Literatur als „Identitätstheorie“ bezeichnet. Dabei hat das Bundesverfassungsgericht festgestellt, dass das Deutsche Reich zwar fortexistiert - also nach wie vor Rechtsfähigkeit besitzt - es allerdings mangels institutionalisierter Organe selbst nicht handlungsfähig ist. Daraus ergibt sich ein faktischer Unterschied zwischen der handlungsfähigen Bundesrepublik Deutschland und dem nicht handlungsfähigen Deutschen Reich, ungeachtet der postulierten rechtlichen Identität.

Diese Erkenntnis wird durch folgende Erwägungen verstärkt: Spiegelt man die „Identitätstheorie“ am Grundgesetz, ergibt sich augenscheinlich folgender Widerspruch: In Artikel 133 GG heißt es: „Der Bund tritt in die Rechte und Pflichten der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes ein.“

Artikel 133

Der Bund tritt in die Rechte und Pflichten der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes ein.

Es tritt ein logischer Widerspruch auf: Das Bundesverfassungsgericht deklariert seit 1973, der Bund sei mit dem Reich identisch. Gleichzeitig regelt Art. 133 GG, dass der Bund den Rechten und Pflichten des Vereinigten Wirtschaftsgebietes nachfolge. Das Vereinigte Wirtschaftsgebiet ist die Trizone, der gemeinsame Wirtschaftsraum aus amerikanischer, britischer und französischer Besatzungszone, der 1949 zur Bundesrepublik Deutschland weiterentwickelt wurde. Damit ist die Bundesrepublik Deutschland einerseits – laut Bundesverfassungsgericht

- mit dem Deutschen Reich identisch und ist andererseits – laut GG-Artikel 133 – Rechtsnachfolger des Vereinigten Wirtschaftsgebietes. Nach meinem logischen Verständnis schließen sich beide Standpunkte gegenseitig aus.

Des Weiteren unterscheidet das Grundgesetz in Artikel 134 Absatz 1 bis 3 zwischen dem Vermögen der beiden Rechtssubjekte „Reich“ und „Bund“, was ebenfalls darauf hindeutet, dass es zwischen beiden wohl einen Unterschied gibt, woraus weitere Zweifel an der „Identitätstheorie“ erwachsen. Selbstverständlich ist der Bund seit 1949 bis heute die legitime, oberste völkerrechtlich vertretungsberechtigte Regierungsebene der Bundesrepublik Deutschland, was nur von sogenannten Reichsbürgern bestritten wird.

Auf Grundlage der oben genannten logischen Überlegungen stellt sich für mich folgende Frage:

Wie kann die Bundesrepublik Deutschland, die in der Rechtsnachfolge einer von den drei westalliierten Militärregierungen errichteten Wirtschaftsverwaltung steht, mit dem im Jahre 1871 von Deutschen Souveränen gegründeten Staat identisch sein?

Wie kann das sein, wenn man diese „Identitätstheorie“ des Bundesverfas-

sungsgerichts mit dem Wortlaut der GG-Artikel 133 und 134 vergleicht?

Im Spannungsfeld zwischen Grundgesetz und dessen Auslegung tritt möglicherweise der Widerspruch zutage, dass der Bund nicht Rechtsnachfolger der trizonalen Wirtschaftsverwaltung und gleichzeitig mit dem Reich identisch sein kann. Das besatzungsrechtlich erschaffene, derivative Völkerrechtssubjekt „Bundesrepublik Deutschland“ und das originäre Völkerrechtssubjekt „Deutsches Reich“ können danach – d.h. auf Grundlage logisch-stringenter Überlegungen nur verschiedene Völkerrechtssubjekte sein (s. Grafik Seite 12).

Was sind die Konsequenzen aus diesen Überlegungen?

1. Herr Ballweg von Querdenken und alle anderen, die Worte wie „Friedensvertrag“ oder „neue Verfassung“ einfach schnell aussprechen, sollten sich erst einmal darüber klar werden, wie kompliziert die Materie ist. Es sind erst einmal grundlegende Fragen in der aktuellen deutschen Staatsrechtskonzeption zu beantworten, bevor weitergehende Ideen - wie etwa ein „Friedensvertrag für Deutschland“ oder eine „Verfassung nach Art. 146 GG“ - sinnvoll diskutiert werden können.

2. Je nachdem, mit welchem Ergebnis der oben festgestellte Widerspruch zwischen „Identitätstheorie“ und „staatlicher Wirklichkeit“ gelöst wird, könnte sich zeigen, wer zukünftig für sich in Anspruch nehmen würde, Deutschland völkerrechtlich zu vertreten oder wer dazu womöglich nicht mehr in der Lage wäre. Auf eine eventuelle, hypothetische Konstellation wies ich zum Abschluss meiner Rede vor dem Brandenburger Tor am 30. August 2020 hin.

3. Als Bürger der Bunderepublik Deutschland erlaube ich mir, die aktuelle Staatsrechtskonzeption auf logische Widersprüche zu überprüfen und Feststellungen zu treffen, welche Konsequenzen sich daraus ergeben könnten. Als Abgeordneter zum Deutschen Bundestag sehe ich es sogar als meine Aufgabe an, den Status-Quo zu hinterfragen, wenn er Zweifel hervorruft. Die Versuche von Kritikern, mir deshalb ein Verschwörungsetikett auf die Stirn kleben zu wollen, sind abwegig und schäbig. Vor dem Tugendterror der Politischen Korrektheit bin ich noch nie zurückgewichen und werde das auch zukünftig nicht tun!

Kurz noch Anmerkungen zu den Themen „Friedensvertrag“ – im Vergleich zum 2+4-Vertrag - und den „UN-Feindstaatenklauseln“

Wer nicht glaubt, dass der 2+4-Vertrag kein Friedensvertrag ist, lese bitte das Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages von 2007. Beim 2+4-Vertrag handelt es sich um einen völkerrechtlichen Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland, der Deutschen Demokratischen Republik und den vier Besatzungsmächten, da das Deutsche Reich seit dem 08. Mai 1945 mangels institutionalisierter Staatsorgane nicht handlungsfähig ist. Im Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages heißt es wortwörtlich: „Es handle sich beim 2+4-Vertrag nicht um einen Friedensvertrag im herkömmlichen Sinne, er ersetze einen solchen jedoch“. In normales Deutsch übersetzt heißt das: der 2+4-Vertrag soll als Friedensvertrag funktionieren, aber er ist kein solcher.

Artikel 134

(1) Das Vermögen des Reiches wird grundsätzlich Bundesvermögen.

(2) Soweit es nach seiner ursprünglichen Zweckbestimmung überwiegend für Verwaltungsaufgaben bestimmt war, die nach diesem Grundgesetz nicht Verwaltungsaufgaben des Bundes sind, ist es unentgeltlich auf die nunmehr zuständigen Aufgabenträger und, soweit es nach seiner gegenwärtigen, nicht nur vorübergehenden Benutzung Verwaltungsaufgaben dient, die nach diesem Grundgesetz nunmehr von den Ländern zu erfüllen sind, auf die Länder zu übertragen. Der Bund kann auch sonstiges Vermögen den Ländern übertragen.

(3) Vermögen, das dem Reich von den Ländern und Gemeinden (Gemeindeverbänden) unentgeltlich zur Verfügung gestellt wurde, wird wiederum Vermögen der Länder und Gemeinden (Gemeindeverbände), soweit es nicht der Bund für eigene Verwaltungsaufgaben benötigt.

(4) Das Nähere regelt ein Bundesgesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf.

Art. 133 GG

Rechtsnachfolger der
Verwaltung des Vereinigten
Wirtschaftsgebiets
(Trizone)

= Bund

Art. 134 GG

Unterscheidet zwischen
Vermögen des Reiches und
Bundesvermögen wegen
Vermögensübertragung

Bund \neq Reich

BVerfG - Urteil 1973

Identitätstheorie

Bund = Reich



⚡ Logischer Widerspruch! ⚡

Graphische Darstellung des inhaltlichen Widerspruchs (Schaubild: MdB Hansjörg Müller)

Die UN-Feindstaatenklauseln gegen Deutschland sind - nach herrschender Meinung - angeblich nicht mehr wirksam. Dann stelle ich die nächste logische Frage: wenn das so wäre, warum werden sie dann nicht einfach gestrichen?

Liebe Mitbürger,
Sie erkennen selbst, dass ich weder die Legitimität noch die Handlungsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland in Zweifel ziehe und die Existenz unseres Staatswesens selbstverständlich bejahe!

Gegenteiliges tun hingegen sogenannte „Reichsbürger“, die die Existenz der Bundesrepublik Deutschland an sich bestreiten. Das tue ich nicht und das tut die Alternative für Deutschland auch nicht.

Das Grundproblem liegt wo ganz wo anders: es gibt zwischen der seit 1973 geltenden Rechtsprechung des Bundes-

verfassungsgerichts und dem faktischen Entstehungsprozess der Bundesrepublik im Jahre 1949, wie er im Grundgesetz abgebildet ist, einen logischen Widerspruch, der meiner Ansicht nach bis heute ungelöst ist.

Als lösungsorientierter Mensch ist für mich klar, dass dieser angenommene Grundwiderspruch erst einmal durch Staatsrechtler, Parlamente und Bürgervereinigungen gelöst werden sollte, bevor Folgefragen gelöst werden können: wie z.B. ein „Friedensvertrag“ oder eine neue „Verfassung“. Beide Anliegen stehen auf dem Boden des Völkerrechtes bzw. des Grundgesetzes und das Aufwerfen dieser Themen bewegt sich im Rahmen der grundgesetzlichen Meinungsfreiheit laut Artikel 5. Deshalb sind sie legitim und dürfen nicht diskreditiert werden. Neuerungen und Paradigmenwechsel waren schon immer Bestandteil der gesellschaftspolitischen

Entwicklung gewesen, ohne dass die Welt dabei untergegangen wäre.

Die Bitte, eine ergebnisoffene Diskussion zuzulassen, habe ich an alle: seien Sie Mitglieder von Querdenken, Mitglieder der AfD, Repräsentanten der Bundesorgane oder ganz einfach Bürger unseres Landes.

MdB Hansjörg Müller,
Berlin am 05.09.2020

Hinweis zum Video:

<https://youtu.be/xXGtiO9V0xY>

**IMPRESSUM WATZMANN *Bote*****Herausgeber und V.i.S.d. P.:**

AfD KV Berchtesgadener Land
1. Vorsitzender Hansjörg Müller
Salzburger Str. 35
83404 Ainring-Mitterfelden

Kontakt:

Telefon: 089 30647568
E-Mail: info@afd-bgl.de

Postanschrift:

Alternative für Deutschland
Kreisverband Berchtesgadener Land
AfD Landesverband Bayern
Postfach 1223, 82019 Taufkirchen

Bildnachweis: ©Dr. Kuchlbauer;
©Corina Zech; ©Gerhard G. - Pixabay;
©shintartanya - AdobeStock;

Satz & Gestaltung: Corina Zech

©AfD KV Berchtesgadener Land
Nachdruck - auch auszugsweise - nur mit
vorheriger Genehmigung. Für unverlangt
eingesandte Fotos und Manuskripte wird
nicht gehaftet.

Auflage: 10.000 Exemplare